54. Jahrgang. № 83. Freitag, 25. März 1910.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. ohne Bestellgeld. Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt, Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäftl. Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf.; auf Privatseite 60 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Madenwürmer, Springwürmer, auch Askariden genannt, werden auch in hartnäckigen Fällen beseitigt durch das spezifisch wirkende neue Madenwurmmittel „Antiwurm". Mit genauer Anweisung Mk. 1,20, bei Einsendung von Mk. 1,40 franko. Depot und Versand: Löwen-Apotheke, Dresden, Altmarkt.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht- Lampen einfachster Art bis zu den feinsten kunstgewerbl. Ausführungen :: in konkurrenzloser Auswahl. ::
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Ullrichs Pianinos sind vorzüglich, dabei sehr preiswürdig. Pirnaische Strasse 1 (am Pirnaischen Platz).

Mutter Anna- **Blutreinigungstee** zur Auffrischung des Blutes und Reinigung der Säfte. Paket 1 M. Versand n. auswärts. Nur echt mit Schutzmarke „Mutter Anna". In den meisten Apotheken Sachsens erhältlich. Hauptdepot: Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Vernickeln, Versilbern, Vergolden, Vermessingen, Verkupfern etc. aller unscheinbar gewordenen Metallgegenstände
Dresdner Vernickelungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1–3. Fernsprecher 7359.

Ankündigungen,

die sich auf öffentliche Veranstaltungen, Konzerte ꝛc am **zweiten Osterfeiertag** beziehen, bitten wir für die erste Feiertagsnummer aufzugeben, da am zweiten Feiertag kein Blatt erscheint.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: kühl, veränderlich.

Die Leiche Johannes Schillings wurde gestern abend von dem Lehrkörper und der Studentenschaft der Königlichen Kunstakademie feierlich eingeholt.

Pastor Planitz von der hiesigen Lukaskirche ist gestern gestorben.

Regisseur Baumeister von der Dresdner Hofoper wurde zum Direktor der Münchner Volksoper gewählt.

Der Entwurf eines Kurpfuscher-Gesetzes wird zu Beginn des nächsten Winters an den Reichstag gelangen.

Kaiser Menelik von Abessinien liegt in den letzten Zügen; die Kaiserin Taitu wurde abgesetzt und bereits dem neuen Negus der Treueid geleistet.

Der Generalstreik in Philadelphia ist völlig ergebnislos verlaufen.

Die Leistungen unserer staatlichen Sozialpolitik

müssen der öffentlichen Meinung von Zeit zu Zeit zu einem doppelten Zwecke ins Bewußtsein gerufen werden, einmal, um die Größe dieser nationalen Errungenschaften fortgesetzt in das rechte Licht zu rücken, und zum anderen, um in weiten Kreisen das Gewissen dafür zu schärfen, daß in allen Dingen ein Maß ist und daß dem agitatorischen Mißbrauche des sozialen Gedankens, wie er in uferlosen Forderungen ohne Rücksicht auf die Tragfähigkeit der belasteten Schultern zutage tritt, energisch ein Ziel gesetzt werden muß.

Seit dem Inkrafttreten der sozialpolitischen Gesetze bis zum Ende des Jahres 1907 sind von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Reich Gesamtforderungen in Höhe von mehr als 8 Milliarden Mark gemacht worden, und wenn man hierzu weitere jährliche Ausgaben von 732 Millionen rechnet, wie sie sich bei dem gegenwärtigen Stande der Sozialversicherung ergeben, so folgt, daß die Gesamtkosten unserer sozialen Gesetzgebung bis zum Ende des laufenden Jahres 10 Milliarden Mark übersteigen werden. Dabei ist aber noch der Zuwachs außer Ansatz geblieben, der durch die in der Reichsversicherungsordnung geplante Ausdehnung der Krankenversicherung auf landwirtschaftliche Arbeiter und Dienstboten und durch die Einführung der Hinterbliebenenversicherung bedingt wird. Diese neuen Versicherungen verursachen eine jährliche Mehrbelastung von je 60 und 67 Millionen Mark, so daß also danach die jährlichen sozialpolitischen Kosten sich auf 732 + 127 = 859 Millionen Mark erhöhen. Zieht man nun außerdem noch die unausgesetzte Vermehrung der Bevölkerung in Betracht, so ergibt sich, daß in nicht ferner Zeit die jährlichen Anforderungen zu sozialen Zwecken auf Grund der staatlichen Sozialversicherung eine volle Milliarde erreichen werden. Während also in den ersten zwei Jahrzehnten die jährliche Belastung sich durchschnittlich auf eine halbe Milliarde Mark belief, wird in Zukunft im Beharrungszustande mit einer jährlichen Ausgabe von einer ganzen Milliarde zu rechnen sein. Bedenkt man ferner, daß die staatliche Sozialpolitik auch auf die Ausgestaltung der freiwilligen Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in erheblichem Maße anregend eingewirkt hat und daß die Gemeinden ebenfalls innerhalb ihres Wirkungskreises dem staatlichen Beispiel nachzueifern bestrebt sind, u. a. durch die immer ernsthaftere Beschäftigung mit dem Problem der Arbeitslosenversicherung, so bietet sich in großen Zügen ein Bild der deutschen sozialen Fürsorge dar, das zur Erzielung seines vollen Eindruckes keines weiteren Kommentars bedarf. Das Deutsche Reich mit seiner bereits überschrittenen ersten Million staatlicher Rentner marschiert zweifellos an der Spitze der sozialen Kultur und darf diesen Ruhmestitel ohne Selbstüberhebung für sich in Anspruch nehmen.

Solche tiefgründigen und weitausschauenden Reformen konnten nur dadurch ermöglicht werden, daß unser deutsches Volk, wie der Staatssekretär des Innern Delbrück bei der zweiten Lesung des Etats im Reichstage treffend ausführte, in die sozialen Fragen „die ganze Summe seines Idealismus" hineinlegte. Das ist so klar, daß sich eine nähere Begründung des innigen Zusammenhanges zwischen den ethisch-idealen Triebkräften der Nation und den imposanten Erfolgen unserer Sozialpolitik erübrigt. Um so befremdlicher muß es wirken, daß gerade von fortschrittlicher Seite, auf der man doch sonst immer eine besondere Betonung der idealen Momente in der Politik gewohnt ist, dieser Zusammenhang bestritten wird. Der Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff will den Idealismus als Urquell unserer Sozialpolitik nicht gelten lassen, sondern bekennt sich zu der Auffassung, daß die Sozialreform vornehmlich aus der Quelle der volkswirtschaftlichen Erkenntnis entflossen sei. Wenn das stimmt, wie kommt es dann, daß Deutschland auf diesem Gebiete in so zielbewußter Weise die Initiative ergriffen und in rascher schöpferischer Arbeit ein soziales Vorbild aufgestellt hat, dem die anderen Völker, mehr der Not gehorchend, als dem eigenen Triebe, nur zögernd und widerwillig nachgefolgt sind? Die „volkswirtschaftliche Erkenntnis" ist doch nicht deutsches Besitztum allein; sie war zu der Zeit, als wir entschlossenen Mutes unsere Sozialpolitik in Angriff nahmen, in den fremden Kulturstaaten genau so verbreitet wie bei uns, und die sozialen Verhältnisse, die anderswo vom ethisch-idealen Standpunkte aus das staatliche Einschreiten erforderten, trugen vielfach noch weit zwingenderen Charakter als bei uns. Wie ist es denn nun zu erklären, daß trotzdem nicht ein einziger der fremden Staaten zuerst in der Sozialpolitik vorging, sondern daß alle es uns überließen, „die Zeit an der Stirnlocke zu fassen" und für den staatlichen sozialen Gedanken in so überraschend sieghafter Weise die Bahn zu brechen? Der Grund kann in der Tat nur in dem starken Idealismus gesucht und gefunden werden, wie er dem germanischen Nationalcharakter eigen ist und wie er sich gerade in sozialer Hinsicht in ganz besonderem Maße bewährt hat.

Auf der anderen Seite werden wir uns aber auch im wohlverstandenen allgemeinen Interesse davor hüten müssen, daß uns bei der idealen Auffassung der sozialen Pflichten des Staates nicht das Gemüt mit dem Verstande durchgeht. Der ideale Ansporn zum weiteren Ausbau des sozialen Versicherungswerkes bis zu seinem endgültigen Abschlusse auf der ganzen Linie muß je länger, desto mehr im richtigen Verhältnis gehemmt und gezügelt werden durch die unbedingt gebotene Rücksichtnahme auf die Grenzen der Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber, sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft und den übrigen Erwerbsgruppen, die als hauptsächlichste Träger der Versicherungspflicht in Frage kommen. Bereits im Jahre 1907 haben die Arbeitgeber zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung rund 367 Millionen Mark Beiträge geleistet; für Ende 1910 wird diese Summe auf mindestens 380 Millionen angewachsen sein, und als neue Lasten für die Arbeitgeber allein sollen infolge der Halbierung der Krankenversicherungsbeiträge, der eingangs bereits erwähnten Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht und der Einführung der Hinterbliebenenversicherung noch rund 96 Millionen Mark hinzukommen, so daß nach der Regierungsdenkschrift zur Reichsversicherungsordnung die jährliche Belastung der Arbeitgeber beinahe eine halbe Milliarde erreicht. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die offiziell von den Arbeitnehmern gezahlten Beiträge in ihrer praktischen Wirkung zu einem guten Teile durch die in regelmäßiger Steigerung vollzogene Erhöhung der Löhne auf die Unternehmer abgewälzt worden sind. Wer die Geschichte unserer Sozialpolitik mit unbefangenem Auge betrachtet, muß unweigerlich zu der Erkenntnis kommen, daß die Abhängigkeit aller sozialpolitischen Leistungen von der Blüte des Unternehmertums bisher nicht genügend gewürdigt worden ist. In der Posadowskyschen Aera hatte sich die sozialpolitische gesetzgeberische Vielgeschäftigkeit unter Vernachlässigung der dringendsten Interessen der Arbeitgeber geradezu zu einem Krebsschaden ausgewachsen. Um so erfreulicher ist es, daß die Männer des neuen sozialpolitischen Kurses, der Reichskanzler Herr von Bethmann-Hollweg und der Staatssekretär des Innern Herr Delbrück, nach dieser Richtung nach ihrer ganzen Persönlichkeit und amtlichen Wirksamkeit bessere Garantien zu geben versprechen. Daß dabei die wirklich berechtigten Anforderungen einer organischen Weiterbildung des sozialen Reformwerkes nicht zu kurz kommen werden, dafür bürgt die hohe Auffassung der staatlichen Pflichten, die unsere leitenden Kreise beherrscht. Auch die gegenwärtig den Reichstag beschäftigenden Vorlagen sozialpolitischen Charakters, außer der umfassenden Reichsversicherungsordnung Entwürfe über Arbeitskammern und Hausarbeit, sowie eine verschiedene kleinere Fragen regelnde Novelle zur Gewerbeordnung, beweisen zur Genüge, daß das tendenziöse sozialdemokratische Schlagwort, die Regierung wolle die Sozialreform „versumpfen" lassen, sich weitab von der Wahrheit hält.

Endlich ist auch noch der wirksamen Unterstützung zu gedenken, die unserer großzügigen Sozialreform durch unsere wirtschaftliche Politik des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land zuteil wird. Ohne diese Politik hätte die deutsche Landwirtschaft nicht auf dem inneren Markte das kraftvolle Rückgrat unserer heimischen Industrie werden können, das sie jetzt bildet, ohne sie hätten wir das schwere Uebel der Arbeitslosigkeit nicht in so engen Grenzen wie bisher zu halten vermocht, und dann wäre es wiederum der Industrie unmöglich gewesen, ohne ernstliche Erschütterung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte die sozialen Riesenlasten zu tragen. Auch im freihändlerischen England gewinnt die Einsicht, daß nur eine vernünftige Schutzzollpolitik ausgiebige soziale Reformen gewährleisten kann, mehr und mehr an Boden, und gerade dieser Umbildungsprozeß in den wirtschaftlichen Grundanschauungen unserer Vettern jenseits des Kanals ist ganz geeignet, auf unserer Seite das Verständnis für den bedeutsamen Einfluß der von Bismarck im Jahre 1879 eingeleiteten schutzzöllnerischen Handelspolitik auf die Erhaltung und Fortführung der Sozialreform zu vertiefen. Wenn unsere Freihändler in einem Atem nach Sozialreform und Beseitigung der Zollschranken rufen, so befinden sie sich in einem unlösbaren Widerspruche. Wer ehrlich die Grundlagen unserer staatlichen Sozialpolitik befestigen und ihnen dauernde Sicherheit verleihen will, der muß notgedrungen die Folgerung ziehen, daß an dem bewährten schutzzöllnerischen System unserer Wirtschaftspolitik nicht gerüttelt werden darf.

Neueste Drahtmeldungen

vom 24. März

Der deutsche Reichskanzler in Rom.

Rom. (Priv.-Tel.) Die Presse erkennt übereinstimmend in der Verleihung des Annunziaten-Ordens an den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg den Beweis einer hervorragenden Schätzung der deutschen Politik und des Vertrauens in das Bündnis seitens der höchsten Kreise Italiens, sowie des festen Entschlusses unveränderter Fortdauer der bisherigen Politik Italiens. „Popolo Romano" sagt: „Die ungewöhnlich bedeutende Auszeichnung ist der Ausdruck eines Tatbestandes, der mehr verkündet, als die persönliche Schätzung des neuen Reichskanzlers. Sie beweist, daß König Victor Emanuel als zuverlässiger Dolmetsch der Nation den höchsten Wert auf die Bande und die Empfindungen legt, die seit 30 Jahren beide Völker und Herrscherhäuser in ehrlichster, herzlichster Freundschaft immer enger verknüpft haben."

Die Schiffahrtsabgaben und die Schweiz.

Zürich. (Priv.-Tel.) Professor Max Huber in Zürich veröffentlicht in der „Neuen Zürcher Ztg." einen Artikel, worin erklärt wird, die Schweiz könne aus der Rheinschiffahrtsakte von 1868 keine Rechte unmittelbar herleiten, obschon die Frage, ob die von Preußen geplanten Schiffahrtsabgaben diesem Vertrage widersprechen, die Schweiz indirekt in hohem Grade interessiere. Die Schweiz habe dagegen einen Anspruch auf Anschluß an die Rheinschiffahrtsakte. Könne die Schweiz diesen Anschluß nicht verlangen, so könne sie dennoch Anspruch auf freie Schiffahrt auf dem Rhein erheben, denn die Internationalität eines Flusses bedeute heute Freiheit für alle Nationen.

Das Kurpfuschergesetz.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Entwurf eines Kurpfuschergesetzes wird, wie die „Deutsche Med. Wochenschr." mitteilt, im Laufe des Sommers an den Bundesrat und zu Beginn des nächsten Winters an den Reichstag gelangen. Wesentliche Abänderungen sind in dem seinerzeit veröffentlichten Entwurf nicht vorgenommen worden.

Aus Frankreich

Paris. Der Senat hat auf Antrag von Maxim le Compte die Zölle für Maschinen zur Bearbeitung